

Abschied vom Ruhestand

Studie Das AHV-Alter muss kein Einschnitt sein: Künftige Alte bleiben produktiv und aktiv

VON KAREN SCHÄRER

Nach dem Eintritt ins AHV-Alter haben Männer durchschnittlich noch 19 Jahre Lebenszeit vor sich, davon bleiben sie (wiederum rein statistisch gesehen) bis auf die letzten zwei bis drei Jahre weitgehend beschwerdefrei. Frauen werden noch älter: Sie haben eine durchschnittliche Lebenserwartung von 87 Jahren und haben damit nach dem Eintritt ins Rentenalter noch 23 Jahre vor sich, die sie gestalten können. Viel Zeit also. Wir leben in einer «Gesellschaft des langen Lebens».

Anlässlich der Präsentation einer gleichnamigen Studie plädierte David Bosshart, CEO des Gottlieb Duttweiler Institutes (GDI), gestern in Rüslikon dafür, die Vorzüge des langen Lebens zu entdecken und diese kreativ weiterzuentwickeln, anstatt im langen Leben ausschliesslich ein finanzielles und wirtschaftliches Problem zu sehen. Clovis Défago, Präsident des Verbands Senesuisse, der die Studie in Auftrag gegeben hat, sagte: «Das Altern können wir nicht verhindern, doch wir können das Altsein massgeblich beeinflussen.»

Innovation bei Wohnen und Pflege

Die GDI-Studie stellt in sechs Thesen dar, wie die Zukunft von Altern, Wohnen und Pflege aussehen könnte.

- Es gibt keine Kategorie «Alter». Starre biografische Momente, die den Anfang und das Ende der Alterskategorien markieren, sind weitgehend weggefallen. Lebensphasen gehen heute fließend ineinander über. 70- oder 80-Jährige bilden keine heterogene Gruppe; die Lebensentwürfe von Senioren sind höchst unterschiedlich. Aussagekräftiger als das Alter sind andere Einordnungen wie zum Beispiel Sozialstatus, Bildung und Einkommen. So sind Menschen aus benachteiligten Verhältnissen im Alter stärker von gesundheitlichen Problemen betroffen als finanziell besser gestellte Schichten.

- Ruhestand ist ein Begriff der Vergangenheit. Über ein Drittel der Erwerbstätigen in der Schweiz arbeitet heute über das AHV-Alter hinaus. «Angesichts der höheren Lebenser-



Vielen ist ein langes und gesundes Leben vergönnt: Das erfordert soziale Anpassungen.

KEYSTONE

wartung ist es legitim und zumutbar, dass Menschen fließend in den Ruhestand treten und beispielsweise in einem Teilzeitpensum weiterarbeiten», sagte GDI-Chef Bosshart. Das Rentensystem erweist sich angesichts der Diversität der Biografien als zu starres Korsett. Das lange Leben bedinge neue Vorstellungen von Tätigkeit, heisst es in der Studie: «Neben und nach der Erwerbsarbeit sind wir aktiv und produktiv.» Dies kommt der ganzen Gesellschaft zugute, die vom Wissen und den Erfahrungen der Senioren profitiert.

- Heim und Daheim sind eins. Schon heute lebt die grosse Mehrheit der über 80-Jährigen in den eigenen vier Wänden. Die künftigen Alten werden vermehrt ein Umfeld einfordern, das sie am öffentlichen Leben teilhaben

lässt. Cafés, Gemeinschaftszentren und Treffpunkte gewinnen an Bedeutung, denn hier fühlen sich ältere Menschen sowohl mobil als auch zu Hause. Neue, innovative Wohnformen nehmen zu: Senioren wollen nicht mehr in einem Heim an der Peripherie untergebracht werden.

«Das Altern können wir nicht verhindern, doch wir können das Altsein beeinflussen.»

Clovis Défago, Senesuisse

- Künftige Alte bleiben reiselustig. Wer international Karriere gemacht hat, wird auch im Alter mobil bleiben. Hotels rund um die Welt richten sich verstärkt auf die Bedürfnisse von Senioren aus und bieten neben Wellness auch medizinische Dienstleistungen an.

- Die Zeiten der Fremdbestimmung sind vorbei. Künftige Alte sind gut gebildet, weit gereist und medienkompetent, zum Teil auch kinderlos. Sie lassen sich nicht «ins Heim abschieben», sondern bestimmen selbst über

die Form ihres Unterstützungsbedarfs. Eine breite Palette von Pflegeangeboten ist die Antwort auf die individuellen Bedürfnisse.

- Roboter ziehen in die Haushalte ein. Der Einsatz von sogenannten «Care-Robotern» kann Pflegepersonal und Angehörige entlasten. «Die Verbindung von Intimität und Anonymität macht es für pflegebedürftige Senioren einfacher, Schwächen zu zeigen und sich helfen zu lassen», sagte David Bosshart. Roboter übernehmen nicht nur unangenehme Aufgaben der Pflege, sondern lassen sich auch als feinfühliges Gefährten einsetzen. Da die künftigen Alten technikaffin sind, lassen sie sich gern von immer mehr Hightech-Produkten in ihrer Autonomie unterstützen.

@ ausserdem zum Thema

Wie wollen Sie Ihr Alter gestalten? Diskutieren Sie online mit.



Die Moral des Türstehers

■ Sie ist eine lebensfrohe und robuste Zürcherin. Jeder, der sie kennt, weiss, dass sie ihre Freiheit über alles liebt. Keinem Gott, Kaiser oder Tribun fühlt sie sich untertan. Sie tut, was ihr gefällt. Zum Beispiel rauchen.

Aber die Zeiten, als diese Frau mit Rauchen begann, sind nicht mehr die gleichen wie heute. Früher waren Raucher und Raucherinnen Galionsfiguren der Freiheit. Heute sind sie unerwünschte Personen.

So geschah es, dass die leidenschaftliche Raucherin die bunte Festgemeinde eines wortgewaltigen Zürchers verlassen musste, um in einem menschenleeren Foyer den Dunst ihrer Freiheit zu inhalieren. Natürlich wusste sie, dass auch im Foyer das Rauchen strikt verboten ist. Deshalb stellte sich die linke Raucherin mit einem rauchenden Journalisten eines rechten Blattes ans Fenster des Foyers. Zusammen bliesen sie ihre Freiheit zum Fenster raus. Das aber missfiel dem für die Aufrechterhaltung der Ordnung zuständigen Türsteher: Er packte beherzt die rauchende Frau, die als Nationalrätin in Bern die herrschende Ordnung im Land festlegt, schleppte sie durchs Foyer, bugsierte sie die Treppe runter und warf sie in die kalte Nacht hinaus, wo Rauchen auch in der Schweiz weiterhin straflos möglich ist.

Die Frau mit dem schönen, französischen Namen raucht noch heute vor Wut über die blauen Flecken und schimpft über ihren rechten Rauchkumpan, der sie nicht vor des Türstehers Gewalt gerettet hat, sondern seine Zigi ausdrückte und abhaute.

Volksvertreterin oder Volk: Der Türsteher hat durchgegriffen, wie er es immer macht. Handgreiflich, viel zu hart, aber ohne Ansehen von Rang und Stand. Das ist – auch wenns wehtut – tröstlich.

Werner De Schepper

ist Chefredaktor bei TeleBärn.

werner.deschepper@azmedien.ch

Nachrichten

Rassismus Keine Gräben, aber Benachteiligungen

In der Schweiz gibt es keine ethnisch oder religiös bedingten gesellschaftlichen Gräben oder Spaltungen. Trotzdem werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Namens, ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Lebensweise benachteiligt. So lautet das Fazit des ersten umfassenden Berichts der Fachstelle für Rassismusbekämpfung zur rassistischen Diskriminierung. (SDA)

Schwyz Kanton muss Wahlsystem ändern

Mit 100 zu 91 Stimmen hat der Nationalrat gestern das Wahlsystem in der Schwyz Kantonsverfassung nicht garantiert. Er hielt an seinem vorherigen Entscheid fest, wonach die fehlende Stimmrechtsgleichheit die Bundesverfassung verletzt. Mit dem zweiten Nein des Nationalrats wird das System für die Wahlen in den Kantonsrat definitiv nicht vom Bund gewährleistet. Der Ständerat hätte die Verfassung vollumfänglich gewährleisten wollen; der Nationalrat befasste sich nur noch mit dem bestrittenen Paragraphen 48 in der Verfassung. Für den Kanton Schwyz hat das Nein zur Folge, dass er sein Wahlsystem ändern muss. (SDA)

Schweiz erhält gute Noten vom IWF

Länderreport Der Internationale Währungsfonds stellt der Schweizer Wirtschaft ein ordentliches Zeugnis aus.

VON KLAUS VON MURALT (SDA)

Im Finanz- und Immobiliensektor seien stabilisierende Massnahmen getroffen worden, hält der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem jährlichen Länderreport fest. Auch den Euro-Mindestkurs von Fr. 1.20 sei angemessen.

So empfiehlt der IWF der Schweizer Nationalbank (SNB) etwa, den Euro-Mindestkurs «vorläufig dort zu belassen, wo er ist», wie IWF-Chefprüferin Enrica Detragiache gestern in Bern sagte. Dieses «stabilisierende Element» solle aufrechterhalten werden, solange die wirtschaftliche Erholung nicht gesichert sei und keine Anzeichen einer Inflation auszumachen seien.

Jedoch mahnt der IWF die SNB dazu, die Situation bei den «selten so gross gewordenen» Devisenreserven im Auge zu behalten. Würde nämlich der Franken deutlich stärker, so verlor die derzeit bei 427,7 Milliarden Franken liegenden und vornehmlich in Euro, Dollar, Yen und Pfund angelegten Fremdwährungsreserven massiv an Wert. Solche Verluste könnten laut Detragiache letzten Endes «die Unabhängigkeit der SNB gefährden».

Als Gegenmittel zu einem erneuten Aufwertungsdruck des Franks schlägt der IWF vor, negative Zinssätze auf den Überschussreserven der Geschäftsbanken bei der SNB einzuführen. Auch solle die SNB die Eigenmittel erhöhen, um den Risiken einer gestiegenen Bilanzsumme besser zu begegnen.

Ein Lob für die Regulierung

Sehr zufrieden ist die IWF-Delegation mit den Massnahmen, welche die Schweizer Behörden, namentlich das Finanzdepartement, gegen eine mögliche Blase im Immobilienmarkt ergriffen haben. Zwar seien noch immer einige lokale «Hot Spots» auszumachen, alles in allem liessen die Daten für die Gesamtschweiz aber «keine typischen Anzeichen» einer Immobilienblase erkennen.

Um die Risiken im Immobilienmarkt weiter zu senken, legt der IWF der Schweiz nahe, die steuerpolitischen Anreize bei der Hypothekenvorgabe zu überdenken. Dass Hauseigentümer die bei Hypotheken anfallenden Zinsen von den Steuern abziehen könnten, trage zu einer Destabilisierung des Systems bei. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt würden nur in wenigen Ländern der Welt so viele Wohnungs- und Hausbankkredite vergeben wie in der Schweiz.

Was den Finanzsektor anbelangt, so lobte der IWF die verschärfte Regulierung und Überwachung der Ban-

ken- und Versicherungsbranche. Insbesondere die Kapital- und Liquiditätsvorgaben von Basel III hätten massgeblich zu dieser Verbesserung beigetragen. Wichtig sei es nun, dass die systemrelevanten Grossbanken den Abbau der risikogewichteten Aktiven weiter vorantreiben.

Nachholbedarf besteht nach Ansicht des IWF künftig auch noch bei der Koordination der nationalen mit den internationalen Regulierungsmassnahmen. Die Schweizer Behörden werden dabei ermutigt, sich «mit

Mit den Massnahmen gegen eine mögliche Immobilienblase ist der IWF sehr zufrieden.

Nachdruck in diese Richtung zu bewegen». Ein globales System zur Eindämmung der Relevanz von einzelnen Grossbanken für das Finanzsystem sei nämlich noch immer nicht gefunden.

Die Perspektiven für die Konjunktur in der Schweiz betitelt IWF-Delegationsleiterin Detragiache als «bescheiden». Im Jahr 2013 dürfte die Schweizer Wirtschaft gemäss IWF-Prognose zwischen 1 und 1,5 Prozent wachsen. 2014 werde es dann gar etwas mehr sein, fügte sie hinzu, ohne präziser zu werden.

Schärfere Aufsicht über Kassen

Die Aufsicht über die Krankenkassen soll verschärft werden. Der Ständerat hiess gestern das entsprechende Gesetz gut. Dieses soll garantieren, dass Versicherte nicht wie in den letzten Jahren in einigen Kantonen zu hohe Prämien und in anderen zu tiefe bezahlen. Damit der Prämienausgleich in Zukunft automatisch bei der Genehmigung der Prämien geschieht, erhält das Bundesamt für Gesundheit (BAG) zusätzliche Kompetenzen.

Heute sei es nicht möglich, zu hohe Tarife zu senken, sagte Gesundheitsminister Alain Berset. Mit dem neuen Gesetz zur Aufsicht über die sozialen Krankenversicherung (KVAG) wird sich dies ändern. Wenn die eingezogenen Prämien in einem Kanton höher liegen als die Kosten, sieht der Korrekturmechanismus vor, dass ein Ausgleich bis im übernächsten Jahr stattfindet. Die Details müssen die Versicherten ausweisen. Stimmt der Ausgleich nicht, genehmigt das BAG die Prämien nicht. (SDA)